

Enztal-Blatt

Amtsblatt für Wildbad

Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertag.
Bezugspreis RM. 4.80 vierteljährlich, RM. 1.60 monatlich
frei ins Haus geliefert, durch die Post im inlandsdeutschen
Verkehr RM. 4.65 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Zeile oder deren
Raum 20 Pfg., auswärts 30 Pfg., Reklamezeilen
75 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Anzeigenannahme in Wildbad bei der Expedition Wilhelmstrasse 99. in Calw durch die Anstaltlerin.

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei

Schriftleitung: Ch. Gack, beide in Wildbad. u. Fernsprecher Nr. 23.

Nr. 31

Samstag, 7. Februar 1920

Jahrgang 54

Sonntagsgedanken.

In der Stille.

In dem Stillsten ist das Feste und in dem Demütigen das Starke. Arnot.

Wochenrundschau.

Die Note der Verbündeten, in der die Auslieferung der von den Feinden beschuldigten Deutschen verlangt wird, ist mit der Liste der Betroffenen am 3. Februar dem deutschen Vertreter Fritz v. Versner übergeben worden. Im Friedensvertrag (Artikel 228) hat sich die jetzige Reichsregierung verpflichtet, alle diejenigen deutschen Staatsangehörigen die von den feindlichen Verbündeten eines Verstoßes gegen die Geize und Gebräuche des Krieges beschuldigt werden, zur Aburteilung durch die Militärgerichte der Verbündeten auszuliefern. Vertraglich besteht also das Recht des Verlangens auf der einen, wie die Pflicht der Erfüllung auf der andern Seite. Aber obgleich wir die drohende Gewitterwolke stets über uns schweben sahen, gab man sich doch immer noch der Hoffnung hin, daß der Feind zu dem vernünftigen „Frieden“, der uns umso mehr verleidet, je mehr seine Bestimmungen in Kraft treten, nicht noch das Aeußerste setzen und uns der nationalen Ehre berauben werde. Die Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Der Haß und die Rachgier sind zu groß, und besonders in Frankreich will man dem Opfer den Fuß in den Nacken setzen.

Sehr wahrscheinlich spielt aber noch etwas anderes mit. Es wäre wohl möglich, daß im Grunde genommen auch den Franzosen weniger daran liegt, die 334 Deutschen, Fürsten, Heerführer, Politiker usw., die es von der im ganzen 896 Namen umfassenden Reichstagsliste für sich verlangt, bis zum letzten Mann in die Gewalt zu bekommen; daß es eine schwierige und unredliche Sache ist, von der man auf der ganzen Welt sich mit Edel abwendet, daß in Paris so gut bekannt, wie in London. Aber liesse sich ein besseres Mittel finden, Deutschland aus dem ins Unrecht zu setzen wegen „höchster der Wahrung“ der Vertragsbestimmungen? Und gibt nicht jede Vertragsverletzung dem Feind das Recht, die Freihaftung der Gefangenen einzustellen, oder die Hungerkollade zum dritten oder wievielten Mal immer zu verhängen, oder — die Rheinprovinz ganz in Besitz zu nehmen? Solange noch ein Mann unter den 334 oder selbst den 896 fehlt, kann man die Auslieferung nicht als Erpressungsmittel gegen Deutschland gebrauchen, wie vor kurzem noch die Kriegsgefangenen. Die Möglichkeit ist wenigstens nach dem Friedensvertrag gegeben.

Die Reichsregierung hat sich alle Mühe gegeben, den Obersten Rat davon zu überzeugen, daß die Auslieferung gar nicht durchführbar ist, weil es keine Beamten in Deutschland gibt, die an die deutschen Heerführer die Hand zur Verhaftung legen würden, und wenn es solche gäbe, so würde eine Volksempörung emporkommen. Noch in einer Note, die am 25. Januar dem Verband übermittelt wurde, legt die Reichsregierung in eindringlicher Weise die schweren Gefahren klar, die heraufbeschworen würden. Sie kommt der Entente mit dem Angebot, daß alle von den Verbündeten namhaft gemachten Beschuldigten vor das Reichsgericht gestellt werden sollen, weit entgegen, ja sie räumt — ein unerhörtes Fall — den feindlichen Mächten das Recht ein, am Prozeß sich rüchertlich zu beteiligen. Das alles wird fast abgelehnt, ein Beweis, daß es den Verbündeten gar nicht um ein regelrechtes Rechtsverfahren zu tun ist, sondern darum, sich zu rächen und andererseits, wie gesagt, ein sehr willkommenes Erpressungsmittel nicht aus der Hand zu geben. Oesterreich-Ungarn verlangte auch einmal — im Juli 1914 — von Serbien die Auslieferung — nicht von Beschuldigten, sondern der wirklich am Mord von Sarajewo Schuldigen. Das kleine Serbien schützte die Auslieferung entrüstet ab und ebenso entrüstet stellen sich die englische und französische Regierung über die „entehrende Zumutung“ Oesterreich-Ungarns. Und jetzt?

Die Reichsregierung hat die Ehre des deutschen Volks und ihre eigene Existenz zu verteidigen; sie weiß, daß sie nicht mehr sein wird, wenn die Auslieferung Tatsache werden sollte. Sie hat sich mit Waffen versehen. In unseren Staatsarchiven liegen ganze Stöße von Beweismaterial, durch das feindliche Meeresangehörige auf schwerste belastet werden. Mit diesem Material kann sie schließlich, wenn es zum äußersten kommt, aufwarten. Der Ernst der Lage wird u. a. dadurch gekennzeichnet, daß der bisherige deutsche Vertreter v. Versner die Weitergabe der Auslieferungsforderung zurückwies und sich gegen einen ausdrücklichen Befehl der eigenen Regierung auflehnte, da er an dem Handel, der gegen die deutsche Ehre verstoße, nicht teilhaben wollte; kein deutscher Beamter, schrieb er dem französischen Ministerpräsidenten, werde dazu die Hand bieten. Er legte sofort sein Amt nieder und verließ Paris. Dieser Vorfall hat die Lage merklich zugefügt und ein Pariser Blatt meint, die Durchführung des Friedensvertrags könne jetzt eine ganz neue Wendung nehmen. Wenn das heißen soll, daß die rüchertlose Machtpolitik gegen Deutschland nun ihren höchsten Triumpf feiern soll, — nun, wir können uns nicht mehr dagegen wehren, aber unsere Ehre werden wir nicht verkaufen.

Und wenn die Feinde Deutschland vollends der inneren Verwüstung preisgeben wollen, was wird dann die Folge sein? Drüben im Osten pocht der Bolschewismus immer vernehmlicher an die Türen der europäischen Kultur. Seine neu organisierten Heere haben bis auf verhältnismäßig keine Reste das ehemalige russische Reich der Sowjetregierung dienstbar gemacht. Die bolschewistische Gefahr rückt in greifbare Nähe zu uns heran. Wird Deutschland in einen blutigen Bürgerkrieg gehen, dann ist es dem Bolschewismus verfallen. Mit ihm aber auch, das ist gar keine Frage, Italien und — Frankreich. Auch am Kanal werden die kulturzerstörenden Lehren des Bolschewismus nicht halt machen. Auch England wird daran kommen. Und es wird Lloyd George wenig frommen, wenn er jetzt dem Bolschewismus gegenüber hart abwiegelt und die Sowjetregierung gar anerkennen will, indem er mit ihr Verträge abschließt, angeblich nur Handelsverträge. Estland hat am 1. Februar mit Sowjet-Rußland Frieden geschlossen, jetzt stehen die bolschewistischen Heere an den Grenzen Rumänien und Polen. Wenn es zum Kampfe kommt, dann ist Polen, in dem eben die „polnische Wirtschaft“ wieder blüht, verloren. Der polnische Gesandte in London tat einen Fußfall vor Lloyd George — echt polnisch —, aber dieser meinte achselzuckend, er liebe die Polen, könne ihnen aber nicht helfen; sie sollten suchen, mit den Bolschewisten zum Frieden zu kommen. Es ist noch gar nicht lange her, da verbot England den neugeschaffenen sogenannten Mandatstaaten, mit den Bolschewisten Unterhandlungen zu führen. So hat das Blatt sich geäußert. Aber Lloyd George, Millerand usw. sollen doch nicht glauben, daß sie ihre Länder retten können, indem sie andere preisgeben und verraten. Es liegt im Wesen des Bolschewismus, daß er sich nicht auf Landesgrenzen beschränken kann. Seine Natur ist der schrankenlose Kampf, er muß siegen oder untergehen.

An der Mauer gefunden, kräftigen Deutschtums mußte sich auch die gewalttätige bolschewistische Welle brechen, aber die Reste dieser Mauer will die Nachgiebigkeit niederlegen. Für Deutschland wird die Lage besonders bedrohlich dadurch, daß unsere Lebensmittel auf die Reize gehen. Auch die Herabsetzung der Produktion ist schon für den 9. Februar angefangen. Die Regierung hat die deutschen Silbermünzen für Markware erklärt und damit die Metallwährung aufgegeben, an deren Stelle die tatsächlich schon bestehende Papierwährung als anerkannte Währung tritt. Mit diesem Geld — 4 Pfg. gilt die Mark noch — können wir keinen fremden Weizen mehr kaufen, der Zentner läme auf 400 bis 450 Mark. Aber wenn wir das Geld auch aufbringen könnten, bei einer Erneuerung der Blockade läme kein Kornchen mehr herein. Bis zum April ständen wir dem absoluten Nichts gegenüber. Darum gilt es jetzt vor allem die Ruhe zu bewahren und durch keine Unbesonnenheiten den Feinden den Vorwand zu besonderen Maßnahmen zu liefern. Was uns auch erwarten mag, wir wollen es mit Würde tragen. Das werden dann wenigstens diejenigen unter unsern Feinden zu achten wissen, denen selbst noch Würde innewohnt.

Gegen die Auslieferung.

Berlin, 6. Febr. In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter des „Volksanzeigers“ betonte Generalfeld-

marschall v. Bülow, die Männer der Auslieferungsliste haben nur ihre vaterländische Pflicht erfüllt. Das Auslieferungsanfassen sei eine Schmach, der sich kein Deutscher freiwillig fügen dürfe. Er selbst würde sich unter keinen Umständen freiwillig der Entente zur Verfügung stellen. Der Generalfeldmarschall glaubt, mit dieser Ansicht im Namen der meisten Heerführer zu sprechen, die auf der Liste stehen.

Der Reichswirtschaftsverband deutscher derzeitiger und ehemaliger Berufssoldaten hat an seine Mitglieder die Forderung ausgegeben, in Versammlungen gegen die Auslieferungsforderung der Entente zu demonstrieren, keine Hand für die Auslieferung Deutscher zu rühren und im übrigen Ruhe und Würde zu bewahren.

Alle Blätter stellen fest, daß gegenüber dem Auslieferungsvorhaben die gesamte öffentliche Meinung in Deutschland vollkommen geschlossen daheht.

Die neutrale Presse bespricht die Bekanntgabe der Auslieferungsliste mit großer Zurückhaltung. Die Kopenhagener „Berlingske Tidende“ sagt, die deutsche Regierung stehe vor einer lebensgefährlichen Frage. Die Alliierten haben einen neuen und sehr bedenklichen Bruch im Völkerrecht eingeführt, als sie Deutschland im Friedensvertrag zwangen, seine Schuld am Weltkrieg zu bekennen, und das Recht forderten, den Kaiser und andere Deutsche vor ihre Militärgerichte zu ziehen und zu bestrafen. Man sehe deutlich die Gefahr einer großen Revolution in Deutschland und neuer Zwangsmaßnahmen der Alliierten mit ihren unübersehbaren Folgen.

Darmstadt, 6. Febr. Finanzminister Heinrich und Justizminister Brentano (Str.), sowie die demokratische Partei und die Deutsche Volkspartei haben gegen das wahnwitzige Verlangen der Auslieferung des früheren Großherzogs von Hessen entschiedenen Widerspruch erhoben.

Rundgebung des Reichsrats.

Berlin, 6. Febr. Der Reichsrat nahm gestern folgende Erklärung an:

Der Reichsrat als verfassungsmäßige Vertretung der deutschen Länder bekennt sich zu dem Standpunkt der Reichsregierung in der Frage der Auslieferung Deutscher an die Entente. Der Reichsrat, weit entfernt, geistlich strafbare Taten einer ordentlichen Untersuchung und Abhandlung vor deutschen Gerichten ziehen zu wollen, teilt die Empörung des deutschen Volks über die Zumutung der Entente, ihr hunderte deutscher Männer auszuliefern. Der Reichsrat ist überzeugt, daß die Bevölkerung aller deutschen Länder hierbei entschlossen hinter der Reichsregierung steht. Auch er erklärt mit der Reichsregierung das Verlangen der Entente für unerfüllbar. Der Reichsrat appelliert gegen diese dem deutschen Volk angetane Schmach an den Gerechtigkeitsinn der Welt.

Neues vom Tage.

Reichstaxi im Holzgewerbe.

Berlin, 6. Febr. Die fast ein Jahr lang geführten Kämpfe um einen Reichstaxi für das Holzgewerbe haben am 3. Februar ihren Abschluß gefunden. An Stelle des Schiedspruches vom 20. Januar, der von den Arbeitgebern abgelehnt worden war, kamen die Parteien zu einer Vereinbarung, durch die der Reichstaxi-Vertragentwurf in Kraft gesetzt wird ausschließlich bei Bestimmungen über die Löhne. Diese sind in einem Schiedspruch vom 25. Januar neu geregelt, der von den beiden Parteien angenommen und damit rechtsgültig geworden ist.

Arbeiterkündigung.

Solingen, 6. Febr. Der Verband Solinger Fabrikanten kündigte sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen zum 19. Februar mit der Begründung, daß sie ein vertragsbrüchiges Verhalten an den Tag gelegt hätten.

Aus dem Abstimmungsgebiet.

Berlin, 6. Febr. Nach dem „Berl. Volksanzeiger“ sind es 109 745 Stimmberechtigte, die am Dienstag in der ersten Zone über die Zukunft Nord-Schleswigs entscheiden sollen.

Flensburg, 6. Febr. Nach einer neuen Verordnung dürfen die von der internationalen Kommission in Nord-Schleswig ausgewiesenen Stimmberechtigten zur Abstimmung nicht zurückkehren. Es wird ihnen aber gestattet, einen Vertreter zu stellen.

Die Valuta in Nordschleswig.

Kopenhagen, 5. Febr. Wie die Zeitungen melden ist der nordschleswigsche Ausschuss des Reichstags zu einer Einigung über die Lösung der nordschleswigschen Valutafrage gelangt. Zu geringeren Betriebsregulierungen wird im ganzen ein Betrag von 10 Millionen zu Verfügung gestellt. Als direkter Zuschuss aller Valutaregulierungen kommt ein Betrag bis zu 350 Kronen für jeden Einwohner in den Gebieten in Betracht, die an Dänemark fallen. Daraus wird u. a. eine Entschädigung an die Pensionäre und Invaliden zu zahlen sein. Ferner wird den kleinen Vermögen, die schon vor dem Krieg bestanden, ein Zuschuss gewährt. (Die an Dänemark kommenden Deutschen Nord-Schleswigs verlieren durch den Uebergang an Dänemark neun Zehntel ihres Vermögens, da das deutsche Geld jetzt verhältnismäßig neunmal weniger wert ist, als das dänische. Um die Deutschen trotzdem geneigt zu machen, für Dänemark zu stimmen, wurde von Dänemark versprochen, daß der Valutaverlust ersetzt werden solle. Wie aus der Kopenhagener Meldung hervorgeht, ist nun aber die „Entschädigung“ so gering, daß sie kaum erwähnenswert ist.)

Die Handelsbeziehungen mit Rußland.

Haag, 5. Febr. „Niemande Rotterdamse Courant“ meldet aus Neuhort, daß die amerikanische Handelsvereinigung zur Schaffung von Absatzmärkten in Rußland den Staatssekretär Lansing ersucht habe, zu genehmigen, daß beladene Schiffe nach Rußland aus den Vereinigten Staaten abfahren. Wenn dieses Ersuchen abgelehnt werden sollte, dann werde die Vereinigung ein gerichtliches Urteil herbeiführen, durch das der Wiederaufbau des Handels mit Rußland gestattet werde.

Die nordische Zusammenkunft.

Kopenhagen, 5. Febr. Amtlich wird über die Zusammenkunft der nordischen Minister in Christiania mitgeteilt: Ueber die Auffassung der Bestimmungen des Völkerrechtsvertrags, die für die neutralen Staaten von besonderer Bedeutung sind, sowie die Stellungnahme hierzu, wurden zwischen den drei Regierungen Norwegen, Schweden und Dänemark Übereinkünfte erzielt. (Vorläufig ausgedrückt. D. Schr.) Dann wurden u. a. Maßnahmen besprochen zum Schutz gegen gewisse Steuern (Deutschlands?), wodurch die Erwerbsinteressen der drei Länder geschädigt werden. Der Anregung zu einer internationalen Finanzkonferenz in Amsterdam wurde zugestimmt. Die drei Länder einigten sich ferner über eine eigene Konferenz zur Stützung ihrer Valuta und über das Zusammenwirken in den sozialpolitischen Fragen.

Die irische Frage.

Washington, 5. Febr. Die Versammlung des Staats Repräsentanten hat eine Entschliebung angenommen, die den Präsidenten Wilson bittet, die Republik Irland gemäß dem von ihm verteidigten Selbstbestimmungsrecht der Völker anzuerkennen.

Der Krieg im Osten.

Archangel, 5. Febr. Ein am Mittwoch aus Odessa eingegangenes Radiogramm meldet, daß die Bolschewisten die versuchten, den Don zu überschreiten, von Truppen Denikins geschlagen wurden. Denikin machte 8000 Gefangene und erbeutete 60 Kanonen und 150 Maschinengewehre. Die bolschewistischen Truppen wurden zerstreut und ihre Kavallerie ging über den Don zurück, indem sie das Gepäck und die Maschinengewehre im Stich ließ. Nördlich von Welikojna, nördlich Jasestkaja wurden die angreifenden Bolschewisten zurückgeschlagen. Sie verloren 13 Kanonen, zahlreiche Maschinengewehre, 1500 Gefangene. Die Truppen Denikins verfolgen die fliehenden Bolschewisten.

Bolschewistischer Gewerkschaftskongress.

Amsterdam, 5. Febr. Laut „Telegraaf“ haben die Bolschewisten die Gewerkschaften Europas drahtlos eingeladen, einen russischen Gewerkschaftskongress mit Abgeordneten zu beschicken.

Ekkehard.

Von Viktor Scheffel.

Wilde Tage bergingen in emsigem Schaffen. In lateinischen Vers des Virgilius sah er die Gestalten der Sage, die Pfad deutscher Muttersprache deuteten ihm noch zu rau und zu wenig geübt für den gleichmäßig schreitenden Gang des Heldenliebes. Mehr und mehr bedrückte sich seine Einsamkeit; er gedachte in munterbrochenem Anlauf Tag und Nacht fort zu arbeiten; aber der irdische Mensch hat auch sein Recht. Darum sprach er: Wer arbeitet, soll sein Tagewerk richten nach der Sonne. Und wenn die Schatten des Abends auf die nachbarlichen Höhen fielen, brach er ab, griff seine Harfe und klang durch die Höhlenwildnis zur Ebene hinauf. Der Wald, wo der erste Gehalte des Sangs in ihm aufsteigen, war ihm vor allen teuer. Das Waldbarittel schritt rosig barmhertig. Wenn das Herz erfüllt ist von Sang und Klang, hat die Hand sich zu spüren, dem Ring der Gedanken nachzukommen. Eines Mittags wollte Ekkehard seinen schmalen Helsenstein umwandeln; da kam ihm ein sonderbarer Gast entgegen. Es war die Wärlin, die er aus dem Schanze geraden, langsam stieg sie den Wald herauf, sie trug etwas in der Schamale. Er sprang zur Höhle zurück und griff seinen Speer, aber die Wärlin kam nicht als Feind, achtungsvoll machte sie Halt am Höhleneingang und legte auf die vorzuspriehende Felsante ein fettes Wurmestier, das sie beim Spielen im sonnigen Gras erknappet. War's ein Beschick für die Lebensrettung, war's Ausdruck anderweiter Anpassungen, wie weiß ich? Die Wärlin setzte sich schlüchtern vor der Höhle nieder und schaute unterwiegend hinein. Da nach Michael gerichtet, er schob ihr, immer den Speer in der Faust, im hügeligen Schüsselchen mit dem in die Höhe, aber sie schützte eise gekränkt das Haupt, der Blick aus ihren kleinen Augen war kaurig erheitert, so daß Ekkehard seine Harfe von der Wand te und anfang, einen Weigen zu spielen. Das Lable der Versassen Gemüt, sie erhob sich und ging aufrecht in rhythmischer Begleite bald von dort, bald zurück, und Ekkehard spielte schneller und stiller, aber da blühte sie verstimmt zur Erde; sie fragte jastante ihr dreißigjähriges Krangewissen nimmer, zu fange ich wieder wie zuvor vor der Höhle. Wie passen guernand, rief Ekkehard, du hast dein Bliestes im Schanze verloren, ich im Sturm. — Ich will dir noch eines harfen. Er spielte eine wehmütige Weise, das war sie wohl gurieden und brumnte deßfällig; er aber, immer seiner Dichtung gedenkend, sprach: Ich hab' mich heut eins lange Zeit auf den Kamen besonnen für die Dummheit, in deren Obhut jene

Rundgebung der preuß. Landesversammlung.
Berlin, 5. Febr.

In der heutigen Sitzung der preuß. Landesversammlung, die 2.10 eröffnet wurde, hielt Präsident Leinert (Soz.) folgende Ansprache: Western ist der deutschen Reichsregierung die Liste der nach Artikel 228 des Friedensvertrags den alliierten und assoziierten Mächten auszuliefernden deutschen Staatsbürger zugesandt worden. Aus diesem Anlaß hat sich des Volks eine ungeheure Erregung bemächtigt. Alle empfinden, daß das Verlangen der alliierten und assoziierten Mächte die Ehre des deutschen Volks auf das Tiefste verletzt. Wenn wir auch den Krieg verloren haben, so haben wir doch damit unsere Ehre nicht verloren. Die schmachvolle Zumutung der gegnerischen Mächte hat die Reichsregierung immer als undurchführbar und unmöglich bezeichnet. Dem schloßen sich das deutsche Volk und die preußische Landesversammlung an. Sie sind überzeugt, daß es keinen Deutschen geben wird, der das unerhörte Verlangen der Entente erfüllen wird. (Lebhafte Beifall.) Im Augenblick ist noch nicht bekannt, welche angeblichen Kriegsverbrechen die Entente den auf der Liste verzeichneten deutschen Staatsbürgern zur Last legt. Wir wissen also nicht, warum und unter welchen Umständen die Auslieferung verlangt wird. Aber schon die Tatsache allein, daß die Entente die Liste der Auszuliefernden überreicht hat, hat eine noch nie dagewesene ungeheure Empörung und Entrüstung im Volk ausgelöst. (Lebh. Zust.) Erfreuen von diesem einmütigen Empfinden unseres so schwer leidenden Volks und um ihre Übereinstimmung mit dem Volk festzustellen und der unjünglichen Trauer Ausdruck zugeben, über das entsetzliche Ansehen, das nur in der maßlosen Nachsucht eines übermäßig gewordenen Wegners seine Erklärung findet, haben die Mitglieder der preußischen Landesversammlung mit Ausnahme einer Partei sich beauftragt, Ihnen vorzuschlagen, die heutige Sitzung aufzuheben. (Lebhafte Beifall des ganzen Hauses, das die Ansprache mit Ausnahme der Unabhängigen stehend angehört hat.)

Abg. Wolffhoffmann (U.S.P.) vertritt das Vergehen der alliierten und assoziierten Mächte, verlangt aber im Namen seiner Fraktion, daß weiter beraten wird. Das Haus schreitet deshalb zur Abstimmung. — Die Aufhebung der Sitzung wird, mit Ausnahme der U.S.P., einmütig beschloßen.

Die Kartoffelwirtschaft im Jahr 1919.

Die Kartoffelwirtschaft hatte im verfloßenen Jahre unter Erörungen schwer zu leiden. Zunächst ist die Anbaufläche gegenüber dem Vorjahr von 2153 274 Hektar auf 2010 108 Hektar, also um 6,6 Prozent, zurückgegangen. Der Ernteertrag betragt nach den Schätzungen der Kommunalverbände durchschnittlich 174,8 (im Vorjahr 199) Zentner je Hektar = 351 409 172 Ztr. gegenüber einer Vorjahreseinte von 428 551 280 Ztr. Das Minderkommen beträgt hiernach 77 142 108 Ztr. = 18 Prozent. Das Wachstum der Kartoffeln ist — vornehmlich in Mitteldeutschland — unter anhaltender Trockenheit, die deshalb besonders schädlich wurde, weil es noch mehr als in früheren Jahren an Dämgemitteln fehlte. Seltens wurde die verzögerte Getreidernte, durch welche sich auch die Kartoffelernte um mindestens zwei Wochen verzögerte, die Ernte konnte daher nicht mehr rechtzeitig bei dem Anfang November einsethenden starken Frost geborgen werden. Der Abtransport der Kartoffeln nach den Verbrauchsbezirken litt unter einem starken Mangel an Beförderungsmitteln. Während zur Winteränderung die Abfertigung von etwa 5000 Wagen täglich notwendig ist, betrug die Durchschnittsgestellung im Oktober 3800 Wagen, im September war sie noch schlechter. Die Erzeugerhöchstpreise wurden gegenüber dem Vorjahr zunächst um 125 Mk. je Zentner durchschnittlich gerahgesetzt und bewegten sich zwischen 7,28 und 8 Mk. Dazu trat eine Schnelligkeits- und Anfahrprämie von insgesamt 75 Pfg. für alle bis zum 31. Dezember getätigten Ablieferungen. Daneben wurde für die Liefe-

rung zu strengen sein, ich weiß ich ihn; sie soll Aspirin heißen. Die Wärlin sah ihn an, als wäre sie einverstanden; da griff Ekkehard seine Pergamentblätter und fügte den Namen ein. Das Bedürfnis, einer lebenden Seele die Schöpfung seines Gedichtes mitzuteilen, war schon lange regte in ihm; hier in der ungetrübten Vergewalt, dachte er, mag auch eine Wärlin die Stelle einnehmen, zu der sonst ein gelehrtes Haupt erforderlich wäre, und er trat an sein Wohnzimmer, und auf den Speer geklemmt, las er der Wärlin die Anfangs des Waldbarittelieds, und las mit lauter Stimme und begeistert, und sie lauschte mit lächeliger Ausdauer. Da las er dann weiter und weiter, wie die Wormser Reden den Waldbarittel verfolgend im Waldeswald nachtritten, und an seiner Felsung mit ihm tritten — noch horchte sie geduldig, aber wie das Einzelkämpfers gar sein Ende ward, wie Ekkehard von Söhnen erschlagen ins Gras sank zu seiner Vorgänger Reichen, und Habwort und Botschaft, des Hagen Schwärze, das Los der Genossen teilten, da erhub sich die Wärlin langsam, als wäre selbst ihr des Nordens zueilt für ein lieblich Gedicht, und schritt würdevoll Ginget talab. Auf der Sigelsalp drücken in einsamer Feldreize kund ihre Verschauung; dorthin entkletterte sie, sich zum Winterschlaf vordrücken. Das Heldenlied aber, das von allen sterblichen Wesen zuerst die Wärlin auf der Sigelsalp vernommen, hat der Schreiber dieses Buches zur Kurzweil an langen Winterabenden in deutschen Heim gebracht, und will im Zusammenhang der Geschichte dem Leser nicht vorenthalten, auf daß er daraus ersehe, wie im gehnten Jahrhundert ebensogut wie in der Folge der Zeiten der Geist der Dichtung sich im Gemüt erlebender Männer eine Stätte zu bereiten wußte. **Das Waldbarittel.** Das war der König Ebel im frühlichen Hunnenreich, Der lich das Herrhorn bläsen: „He! Mannen, rühet euch! Wohlauf zu Ruh, zu Ruh, nach Franken geht der Zug. Wir machen zu Worms am Rheine uneingeladen Besuch! Der Kammföhrer Hillich sah dort auf hellem Thron. Sein Herz wußt sich freuen, ihm war geboren ein Sohn. Da kam unstrahe Kunde gerührt an Hillich Ohr: Es wüßt ein Schwarzam von Feinden sich von der Donau her, Es heßt auf fränkischer Erde der Hunnen reifig Heer, Jahlos wie Stern am Himmel, jahlos wie Sand am Meer. Da blähten Hillich Wangen. Die Seiten rief er bei Und pflog mit ihnen Rates, was zu beginnen sei. Da stimmten all die Mannen: „Ein Vöndnis nur und frommt, Wir müssen Handschlag sollen dem Hunnen, wenn er kommt! Wir müssen Geiseln stellen und zahlen den Königszins, Das freuen wir noch immer und größeren Gewinns, Als daß, ungleiche Kämpfer, wir Band ungleich und Leben

ungen in der Zeit vom 5. November bis 15. Dezember eine besondere Schnelligkeitsprämie von 2 Mk. je Zentner festgesetzt. Mit Wirkung vom 16. Dezember wurde die Schnelligkeits- und Anfahrprämie aufgehoben und an Stelle dessen eine Aufbewahrungsgeldgebühr von 2,75 Mk. je Zentner festgesetzt, um eine Senkung der Preise zu vermeiden.

Da die im Inland verfügbaren Mengen zur Deckung des Bedarfs nicht ausreichten, wurden im Ausland angekauft: in Polen 5 500 000 Ztr. Speisekartoffeln (bazu 1 000 000 Ztr. Saatkartoffeln), in Dänemark 1 400 000 Ztr., in Holland 2 000 000 Ztr. Die Lieferungen aus Dänemark sind nahezu erfüllt; aus Holland sind etwa 1 000 000 Ztr. geliefert, aus Polen bisher nur 354 551 Ztr. eingeführt worden.

Baden.

Karlsruhe, 5. Febr. Der Kommandeur des bad. Gendarmeregiments Oberst Kuenger ist lt. „Bad. Beobachter“ zum Präsidenten des Reichsmilitärzramts in Berlin berufen worden. Oberst Kuenger war früher Staatsanwalt und führte im Krieg das 3. Bad. Leibgrenadiere. Auch Ministerialrat Ritter vom Justizministerium soll einen Ruf in das Reichsministerium des Innern als Ministerialdirektor erhalten haben.

Karlsruhe, 5. Febr. Infolge Personalmangels sind während des Kriegs in den Apotheken vielfach nichtpharmazeutische Hilfskräfte (Laboranten und Helferrinnen) verwendet worden. In der „Karlsruh. Zeitung“ wird nun darauf hingewiesen, daß im Interesse der Sicherheit für Leben und Gesundheit der Bevölkerung einer mißbräuchlichen Verwendung nichtpharmazeutischer Personals nachdrücklich entgegengetreten werden muß. Apotheker, die Hilfskräfte entgegen den Vorschriften beschäftigen, machen sich strafbar; auch könnte die Zurücknahme der Erlaubnis zum Apothekenbetrieb in Betracht kommen.

Mannheim, 5. Febr. In einer der letzten Nächte wurde aus einer Werkhalle ein Balken S-matratabol im Wert von 50000 Mark gestohlen.

Mannheim, 5. Febr. Die Polizei hatte in den letzten Tagen 74 Personen wegen Diebstahls, Unterschlagung, Betrugs usw. verhaftet. Unter den Verhafteten befindet sich ein Hauptmann von Stolberg, der 156 Paar Schnürschuhe im Wert von 20 000 Mk. gestohlen hatte, ferner ein Bergmann und ein Tagelöhner, die aus 30 Eisenbahnwagen 1. und 2. Klasse im Hauptbahnhof die Pfähle decken und Ueberräge entwendeten. Ferner wurden ein Bäcker und ein Tagelöhner festgenommen, die Broomöl bei und Eisenbahnpuffer stahlen und sie einem Alt-Kenhandler veräußerten.

Weinheim, 5. Febr. Bei der Bürgermeisterwahl an Stelle des vom Amt zurückgetretenen Dr. Weinhein wurde der soz. Gewerkschaftssekretär Christian Sted, Mitglied der Nationalversammlung und Obr. ann des Heideberger Bürgerausschusses mit 44 von 84 Stimmen gewählt. Die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen traten geschlossen für Sted ein, während sich die bürgerlichen Fraktionen der Abstimmung enthielten.

Mössbach, 5. Febr. Ein gefährlicher Einbrecher, der 27jährige Schneider Hugo Edert aus Mössbach, ist aus dem hiesigen Amt freigesprochen.

Meßkirch, 5. Febr. Von der Berliner Reichswirtschaftsbehörde war der Kommunalverband Meßkirch telegraphisch aufgefordert worden, alles über den Monat Februar hinaus vorrätige Getreide unverzüglich abzuliefern. Die Berliner Herren kamen aber hier schlecht an. Der Bezirksrat in seiner Eigenschaft als Kommunalverbandsausschuß wies diese Zumutung einstimmig zurück, mit der Begründung, die Herren in Berlin sollten in erster Linie einmal dafür sorgen, daß in Norddeutschland der Getreidebruch erlöhrt werde, denn dort seien bis heute noch 60 Prozent des Getreides nicht ausgedroschen. Der Bezirk Meßkirch habe seine Pflicht in der Ablieferung erfüllt und behalte seinen Getreidevorrat, der knapp bis zur nächsten Ernte reiche.

Was man uns und uns aus dem Weind zu Danken geben. Das Königs Schölein Gunther war noch zu schwach und kein, Noch lag's an Mutterbrüsten, das mocht nicht Weisel sein; Doch war der König's Better, Herr Hagen hochgemut Von Trojer Heldehonne, ein ablig junges Blut. Sie rüchelten viel Schüge und lassen drauf den Schluch, Doch her als Pfand des Friedens zu Ehel ziehen muß. Zur Zeit als dies geschah, da trug mit fester Hand Den Proter König Geric in der Burgunden Land. Ihn wußt die einzige Tochter, benamt Jung Hillegund. Die war der Rädlein schönste in weiten Reich Burgund. Sie soll als Erbin einst, dem Volk zu Ruh und Segen, So Gott es fügen wöllt, der alten Herrschaft pflegen. Dersel nun mit den Franken der Friede gefestigt war, So tükt' auf Geric's Grenzmael der Hunnen lamplische Har. Hovaus mit stütem Jügel lenkt' König Ebel sein Rohl, Dem folgt' in gleichem Schritte der Heeresfürsten Troh. Den Rohelst zerlampft die Erde gar seufzenden Schand, Die jode Luft durchlöchert Schillblitzen als Wiberhall. Am Walsfeld knielte ein eherner Langenwald, Wie wenn die Heilbrunnens auf lauge Wiesen strahlte, Und so ein Weg sich thöme: er wurde überkommen, Die Etome und die Thöme: es wurde durchgeschwommen. In Gharons sah Fürst Geric, da rief der Wächler vom Lutz, „Ich seh' den Stand eine Wölle, die Wölle kumlet Sturm, Künd st' ins Land gebrochen, ihr Leute, seht euch vor! Und wenn ein Gaud zu eigen, der schließte Tür und Thor! Der Franken Unterwerfung, dem Fürsten war sie kund; Er rief die Redenräger und sprach mit weisem Mund: „Die Franken, niemand zweifelt's, sind tapfere Kriegesleute, Doch mocht keiner dort dem Hunnen stehn zum Steile, Und wenn die also löten, da werden wir allein Dem Tode uns zu opfern auch nicht die Karren sein. Ich hab' ein einzig Kind nur, doch für das Vaterland Geb' ich es hin, es werde Friedens Unterpfand.“ Da gingen die Gesandten, barhauptig, ohne Schwert, Den Hunnen zu entziehen, wo's Geric sie geleht. Hillich empfing sie Ebel, es war das so sein Brauch. Sprach: „Mehr als Krieg laugt Wüdnis, das sag' ich selber auch. Euch in die Mann des Friedens, nur wer sich weiner Macht Fürcht entgegensteht, dem wird der Vorzug gemacht. Drum eures Königs Wille gewährt' Ehel gern.“ Da gingen die Gesandten, es lübeten ihren Herrn. Dem Tor entschreit Fürst Geric, viel köstliches Geiseln Brocht' er den Hunnen dar, dazu die Tochter sein — Der Friede ward beschworen, — fahr wöhl, schon Hillegund! So war in die Verbannung die Weile von Burgund.

Waffen, 6. Febr. Die Reichswehr für Krieg- und Zivilgefangene in Berlin hat sich damit einverstanden erklärt, daß an Wehrleute, die aus der Gefangenschaft heimgekehrt sind und die Erlaubnis erhalten haben, in ihren früheren Wohnort in der Schweiz zurückzukehren, ebenfalls wirtschaftliche Beihilfe erhalten. Allerdings muß durch Bewilligung der Beihilfen die Gewähr gegeben sein, daß die Heimkehrer tatsächlich ihre Ausreise nach der Schweiz bevorzugen.

Die Kohlenverschiebung. In dem Artikel der „Rheinisch-Westf. Ztg.“ wird von Seiten der württ. Regierung mitgeteilt: Im Frühjahr 1919 hat das württ. Ernährungsministerium, um Zahlungsmittel (für schweizerische Lebensmittel) in Gegenrechnung, sogenannte Devisen zu bekommen, 1500 Tonnen Koks durch Vermittlung einer Kohlenhandlung über Württemberg nach der Schweiz verkauft. Der Koks war nicht für die württ. Landeskohlenstelle bestimmt, sondern das Abkommen war mit einer Lieferstelle getroffen, die zur Kohlenausfuhr nach der Schweiz verpflichtet war. Eine Schädigung württembergischer oder süddeutscher Interessen kam daher nicht in Frage. Die Ausfuhr geschah allerdings ohne Wissen des Reichskohlenkommissars. Es haben deshalb Verhandlungen stattgefunden, die zu einer Klärung geführt haben. Im Sommer 1919 wurden ferner an das Zementwerk Kärntingen Dienstkohlen der Staatsbahn abgegeben, um den Betrieb des Werks durchhalten zu können. Das war, wie die amtliche Erklärung sagt, eine Selbstmaßnahme der Eisenbahn, an der die Regierung gar nicht beteiligt ist. — Wie es scheint, ist in der Angelegenheit das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Erhöhung des Eisenpreises. Der Preis für Stabeisen soll, wie man hört, von 2400 auf 3000 Mk. die Tonne erhöht werden. — Der Kupferblechverband erhöhte die Preise von 1100 auf 4505 Mk. für 100 Kg.

Verbot des Kleinbrots. Die Herstellung von Kleinbrot ist von der württ. Landesregierung verboten worden. Für die Kleinbrotmarken wird Weizenmehl ausgeben. Später sollen auch die „weißen“ 200 Grammstücke wieder eingeführt werden. Die Brotpreise werden wegen der Lohnforderungen der Bäckergehilfen eine weitere Erhöhung erfahren.

Württemberg.

Stuttgart, 5. Febr. (Die Girozentrale.) Die Zentrale des württ. Giroverbands war bisher mit der hiesigen Stadt-, Spar- und Girokasse verbunden. Der Giroverkehr der württ. Sparkassen hat sich aber nun so stark vermehrt, daß die württ. Girozentrale abgezweigt und selbständig gemacht wird.

Stuttgart, 5. Febr. (Lohnbewegung.) Die Forderung der Gipser-Gehilfen (Mündelstundelohn von 4,20 Mk., im Tag also 33,60 Mk.) wurde vom Arbeitgeberverband abgelehnt. Auch die Forderung der Friseur-Gehilfen in Groß-Stuttgart (Erhöhung der bisherigen Löhne in der Woche 55-68 Mk. um 150 Prozent) wurde abgelehnt, die Verhandlungen sind jedoch wieder aufgenommen worden. Die Friseure verlangen heute für Haarschneiden 80 Pfg. bis 1 Mk., für Haarschneiden 2,50-3 Mk.

Stuttgart, 5. Febr. (Einschränkung der Stromabgabe.) Von heute ab darf nur die Hälfte des im Dezember v. J. zugewilligten elektrischen Stroms entnommen werden.

Stuttgart, 5. Febr. (Polizeiwehr und Schutzmansschaft.) Seit einiger Zeit werden Polizeitruppen unter Führung der Schutzmansschaft zum Sicherheitsdienst während der Nacht und bei nächtlichen Streifen verwendet. Angriffe auf Polizeiwachmannschaften, die sich im Dienst befinden, gelten als Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Stuttgart, 5. Febr. (Schleichhandel.) Dieser Tage hat man vier Arbeiter aus Neckingen verhaftet, die nach Feierabend mit größeren Fleischmengen nach Stuttgart reisten. Einem wurden 85 Pfund Fleisch abgenommen. Daß es ein einträglicher Nebenverdienst war, beweist der große Geldbetrag, den die Leute bei sich hatten.

In einem Restaurant in der Gymnasialstraße wurden 248 Berliner Pfannkuchen und 80 Pfund Mehl beschlagnahmt und einem hiesigen Krankenhaus überwiesen.

Stuttgart, 5. Febr. (Einbrüche.) In der Nacht zum letzten Samstag wurden in dem Haar-Spezialgeschäft von Börner in der Eberhardstraße neben 1773 Mk. Bargeld 200 verschiedene Käse, Schmierpannen, Kämmen, Haarfetten, Haarbürsten, Frottiertücher im Wert von 20000 Mk. entwendet. — In der gleichen Nacht wurden in dem Lagerraum der Automobilmfirma Robert Michel in der Fallertstraße 700 Stück Vorsch-Zinckerzen, Magnete, Bergasei und eine Lichtmaschine gestohlen, zusammen im Wert von rund 27000 Mk.

Vom oberen Neckar, 5. Febr. (Aus der Lohnbewegung.) Beim städtischen Elektrizitätswerk in Schwemmingen sind die Monteure in den Ausstand getreten. Auch das Schall- und Wärterpersonal droht mit einem Streik. — Die Schuhfabriken in Tutlingen haben einen Stundenlohn von 3,50 Mk. bewilligt, wodurch die Lohnbewegung zu Ende kam.

Stuttweil, 5. Febr. (Streikflug.) Nachdem die Schneider-Zunng die Forderung von 50 Prozent Teuerungszulage angenommen hat, ist der Streik der Schneidergehilfen beendet worden.

Ulm, 5. Febr. (Protest.) Die 500 Mitglieder umfassende Ortsgruppe des württ. Offizierbunds wendete sich in einer Entschließung gegen die Anrechnung von Arbeitseinkommen auf Offizierpensionen und gegen die Absicht, die Pensionserhöhungen dadurch wieder einzubringen, daß das Arbeitseinkommen auf die Pension angerechnet wird.

Laupheim, 5. Febr. (Der Kampf um die Schule.) Nächsten Sonntag finden in allen Orten des Bezirks sowie in der Stadt Versammlungen über das Thema: „Der Kampf um die christliche Schule“ statt.

Vermischtes.

Zus Kloster. Die zweitälteste Tochter des Herzogs Albrecht von Württemberg, Marie Theresie, geb. 16. August 1898, ist in den Orden der Benediktinerinnen im Kloster Eibingen bei Radesheim am Rhein eingetreten. Vor kurzer Zeit ist bekanntlich der zweite Sohn Herzog Karl Alexander in das Benediktinerkloster Beuron eingetreten.

Erstochen. In einem an der Aller gelegenen Strohhuppen wurde am Sonntag nachmittag der 23jährige Tagelöhner Schneider von Ulm erstochen aufgefunden.

Schutzzeug für die Bergarbeiter. Das Reichswirtschaftsministerium hat die Einfuhr von 50000 Paar Militärstiefeln für die Bergarbeiter genehmigt. Der Ankauf im Ausland wird durch schwedische Geschäfte vermittelt.

Brand. In Nivelles (Brabant) brannte eine große Knabenpule mit dem Pensionat ab. Vier Knaben sind verbrannt, mehrere werden noch vermisst.

Ein kräftig Wortlein. Die „Konst. Nachrichten“ schreiben: Als ein Skandal, ja als Hochverrat muß es angesehen werden, wie in der gegenwärtigen Stunde dieser Not unseres Vaterlands Lebensmittel, die wir notwendig selbst brauchen, über den See geschoben werden. Besonders die Mecklenauer soll als geeigneter Ort von diesen unsauberen, allen Charakters baren Gesellschaft dazu ausersehen sein. Aber auch andere Waren sollen von dort aus den Weg ans Schweizer Meer finden. Der Rammorlschmitt bringt unser Volk noch offenkundig in den Abgrund. Wir hoffen, daß der christliche Sinn der Reichsnatur dieser Schieberbande bald den daraus machen wird. So schnell wie möglich her mit einem neuen Reichswasserschutz, bei dem aber nur moralisch und sittlich einwandfreie Männer sein dürfen, denn die Kriegs-Seezucht sieht gerade nicht in bestem Ansehen aus werden Augenblicklich in Konstanz von den Schweizer Nachbarn Lebensmittel eingekauft und ausgeführt, unter dem Vorwand, sie gehörten für Wiener Kinder. Wie ist die Sache? Man begreift, wenn man derartige Dinge erfährt, den immer dringender werdenden Ruf aus dem Volk: an die Wand mit diesen Hochverrätern, ohne ang Federlesens zu machen. „Justitia sei nicht so birotatisch! Gib dem Volksempfinden nach, die Lumpen von Oben und Unten verbienen es nicht besser!“

Lokales.

Grundbesitzwachsteuer. Bei der Berechnung des Vermögenswachses wird, worauf wir nochmals hinweisen möchten, als Anfangsvermögen das auf 31. Dezember 1913 festgestellte steuerbare Vermögen, als Endvermögen das auf 30. Juni 1919 festgestellte steuerbare Vermögen betrachtet. Für bare Kapitalanlagen bei Banken und Sparkassen entfallen keine Schenkungsteuer bei dieser Feststellung, da dieselben mit dem vollen Wert eingezahlt werden. Anders verhält es sich dagegen mit Wertpapieren, deren Nennwert je nach der Zeit höher oder niedriger als der eigentliche Nennwert zu sein kann. Um diesen Wert der einzelnen Papiere festzustellen, wurde amtlicherseits ein Steuerkurszettel herausgegeben, aus dem der steuerliche Kurswert per 30. Juni 1919 ersichtlich ist.

Erweiterung der Angestelltenversicherung. Die verlautet, soll vom 1. April ab die Versicherungspflicht der Angestellten bis zu einem Einkommen von 5000 Mark (bisher 7000 Mark) ausgedehnt werden. Dabei sollen neue Gehaltsklassen mit höheren Beiträgen eingeführt werden.

Die Wiener Kinder, die in Württemberg Aufnahme finden sollen, werden am 12. oder 13. Februar in Stuttgart eintreffen.

Verordnung über die Höchstpreise. Das Reichswirtschaftsministerium hat dem Reichsrat den Entwurf einer Verordnung über eine neue Regelung der Höchstpreise vorgelegt. Neu ist, daß die Reichsregierung auch für andere Gegenstände, als solche des täglichen Bedarfs Höchstpreise festsetzen kann; die Landesbehörden sollen ermächtigt werden, Höchstpreise festzusetzen, soweit die Reichsregierung keine Höchstpreise angeordnet hat.

Händlöhnpreise. Wie das Reichswirtschaftsministerium mitteilt, können derzeit im Reich wegen Kohlen- und Rohstoffmangels nur etwa 60 Prozent des Bedarfs an Händlöhner hergestellt werden. Die inländischen Händlöhner können zu 90 Pfg. das Paket (10 Schachteln) im Kleinverkauf geliefert werden, die ausländischen stellen sich dagegen auf 2 Mark. Um den Preisunterschied auszugleichen, wurde ein Einheitspreis von 1,30 Mark festgesetzt. Die deutschen Händlöhnerfabrikanten haben von ihrem Ubergewinn eine entsprechende Summe an eine „Ausgleichskasse“, aus der die Mehrkosten der ausländischen Händlöhner gedeckt werden, abzuliefern. In Württemberg wird abriens die Händlöhner eine neue Reichsteuer von 390 Mark für die Kiste treffen, es steht also eine weitere starke Preiserhöhung in Aussicht. Jetzt schon werden die Händlöhler aus Spekulation auf den „Konjunkturgewinn“ zurückgehalten, damit sie später zu dem durch die Steuer und andere damit verbundene Umstände erhöhten Preis verkauft werden können.

Marmelade. In die neuen amtlichen Höchstpreise für Marmelade ist die Warenumschlagsteuer bereits eingerechnet, sie darf also vom Verkäufer nicht noch einmal auf die Ware geschlagen werden.

Fleischeinfuhr. Zur Erleichterung der Fleischeinfuhr sind gewisse Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes gemäß der Verordnung vom 4. August 1914 wieder außer Kraft gesetzt worden.

Fettpreise. Der Preis für 1 Pfund inländische Margarine ist bekanntlich im Kleinhandel auf 7 Mark festgesetzt. Dieser Preis dürfte sich etwa bis 1. April aufrecht erhalten lassen, weil die im Ausland aufgestellten Rohstoffe bis zu diesem Zeitpunkt ausreichen dürften. Dann aber ist mit einer neuen Preiserhöhung zu rechnen. Die vom Ausland bezogene Margarine stellt sich infolge der Marktentwertung bereits auf 15 Mark das Pfund.

Die Zuschläge auf den Fabrikpreis der Margarine für den Kommunalverband 18 Mark, für den Händler 22 Mark und für den Kleinhandel 60 Mark in den Preisen nicht überschreiten. Die Zuschläge für Butter betragen 33, 22 und 66 Mark. Dazu kommt noch die Warenumschlagsteuer mit 1½ Prozent.

Mangel an landwirtschaftlichen Maschinen. Infolge einer Vereinbarung mit dem Reichswirtschaftsministerium werden die landwirtschaftlichen Verbände gemeinsam den Bedarf an landwirtschaftlichen Maschinen festzustellen und die Lieferung zu sichern suchen. Die Sperrung der Ausfuhr solcher Maschinen soll aber möglichst vermieden werden.

Kartoffeln für Brennerien. Die Verordnung vom 4. September 1918, betr. das Verbot des Brennens von Kartoffeln ist jetzt insofern aufgehoben worden, als den landwirtschaftlichen Brennerien gestattet wird, frostbeschädigte Kartoffeln, die sich zur menschlichen Ernährung nicht mehr eignen, über den in der genannten Verordnung vorgesehene Umfang hinaus zu brennen.

Tabakbau. Die Anbaufläche für Tabak im Reich betrug vor dem Krieg rund 14000 Hektar. Im Jahr 1915 ging sie auf 9000 Hektar zurück, hat jetzt aber wieder den früheren Umfang angenommen. Sie beträgt im Reich 0,7 vom Tausend der gesamten Kulturlächen; verhältnismäßig am stärksten wird der Tabakbau in Baden betrieben, wo die Anbaufläche 11,61 vom Tausend der Ackerfläche beträgt.

Der Dichter Karl Schönherr hat den ihm verliehenen Leipziger Preis zur Vinderung des Elends der Wiener Kinder bestimmt.

Verfalliger Neubau. In Freudenstadt muß ein mehrstöckiges Gebäude, das eben erst im Rohbau fertiggestellt ist, wieder abgebrochen werden, da es einwurzeln droht. Es hat einen Materialwert von 100000 Mark.

Wahnsinnige Holzpreise. Bei der Holzverfeinerung des Forstamts Gänzburg wurden für einen Eichenstamm, der knapp 2 Kubikmeter hielt, 10000 Mark bezahlt.

Sicherenraub. In Daiting haben Kirchenräuber in der Nacht den Tabernakel in der Kirche aufgebrochen.

Aus dem Bezirk.

Wildbad, 6. Febr. Vom 10. Februar an werden die Beschränkungen im Fernsprech- und Telegraphendienst wieder aufgehoben. Dienstzeiten somit:

Werktag: 8 Uhr vorm. bis 9 Uhr abends.
Sonntag: 8-10 Uhr, 11-12½ Uhr vorm. und 5-7 Uhr nachm.

Wildbad, (Postalisches.) Tausende von aufschriftslosen Paketen aller Gattungen gehen täglich den Postanmeldestellen zu und von diesen bleiben, trotz allen Aufwands an Zeit und Mühe dieser Stellen zur Unterbringung, viele hunderte als unanbringlich in den Händen der Postverwaltung, weil die Vorschrift nicht pünktlich eingehalten wird, daß in das Paket obenauf ein doppel der Aufschrift einzulegen ist. Bei der schlechten Gummiierung der Paketaufschriften, die häufig bei der Beförderung abfallen und dem Umstand, daß Anhängadressen bei dem hastigen Umladegeschäft oft abgerissen werden, ist die Einhaltung dieser Vorschrift im eigenen Interesse des Absenders geboten.

Wildbad, 7. Febr. Der Krieg ist zu Ende. Die Folgen des Krieges dauern aber in Gestalt von Armut und drückenden Löhnen fort. Jeder deutsche Bürger wird seine ganze materielle und moralische Kraft zusammennehmen müssen, um die Erfüllung der harten Pflichten zu ermöglichen, die Deutschland durch den Friedensvertrag auferlegt sind. Ueber die Pflichten dieses Friedensvertrages hinaus besteht aber noch die andere moralische Verpflichtung des gesamten Volkes, für die Opfer dieses entsetzlichen Krieges zu sorgen. Zwei Millionen deutsche Brüder haben in diesem Kriege den Tod gefunden. Millionen Witwen, Waisen und Kriegseltern sind durch den Krieg in tiefste Trauer und drückende Not geraten. Eineinhalb Millionen Kriegsbeschädigte haben ihre Arbeitskraft ganz oder teilweise eingebüßt. Deutsche Männer und Frauen! Nergest die Kriegswitwen und Waisen nicht, gedenket der Kriegsbeschädigten! Ihre Bezüge sind zwar wiederholt erhöht worden, aber in durchaus ungenügender Weise, so daß Mangel und Teuerung, die alle Volksgenossen bedrücken, doppelt und schwer auf ihnen lasten. Abermals ist eine enorme Verteuerung aller Lebens- und Bedarfsartikel eingetreten. Die ohnehin schon furchtbare Not der Witwen und Waisen wird dadurch bis zur Unerträglichkeit gesteigert. Das deutsche Volk kann und darf aber nicht untätig zusehen, wie Millionen von Brüdern, Schwestern und Kindern in noch tieferes Elend, aus welchem es überhaupt kein Entrinnen mehr gibt, hinabsinken. Schnelle und tatkräftige Hilfe ist daher erforderlich, um die sich in größter Not befindlichen Volksgenossen vor dem wirtschaftlichen und sozialen Ruin zu retten.

Wir bitten daher die gesamte Bevölkerung, sich an den in den nächsten Tagen stattfindenden Massenkundgebungen für die Kriegsoffer in Deutschland zahlreich zu beteiligen.

Wildbad, 7. Febr. Am Sonntag nachmittag ½3 Uhr veranstaltet der Turnverein unter seiner Mitgliedern in dem Sommerberg-Hotel ein gemütliches Beisammensein. Wie wir aus sicherer Quelle wissen, wird die Gesangsabteilung die Unterhaltung in Gesangs- und humoristischen Vorträgen verschönen, so daß man auf einen gemütlichen Nachmittag rechnen darf. Wir machen nochmals unsere werten Ehren-, passiven und aktiven Mitglieder nebst ihren werten Angehörigen darauf aufmerksam. Gesangsvereine, sowie dem Verein nahestehende, sind herzlich willkommen.

Wildbad, 7. Febr. Wir wollen nicht versäumen, auf den von der deutsch-demokratischen Partei heute abend im „Ochsen“ stattfindenden Vortrag über das Thema „Was muß jedermann von den neuen Steuern wissen“ hinzuweisen. Der Redner wird an Hand praktischer Beispiele Erläuterungen geben. Für diejenigen Interessenten, welche Auskunft wünschen, ist es angebracht, daß sie ihre Steuerzettel mitbringen.

